Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise siehe Kopf der Seite 6 — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Eingesandter Tageblatt-Anzeiger — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 7 — Sonnabend, den 9. Januar 1932 — 27. Jahrgang

Hindenburg soll weiter Reichspräsident bleiben

Verhandlungen über eine Verschiebung der Reichspräsidentenwahl — Hitler bei Brüning und Groener

Die Nationalsozialisten und die Präsidentenwahl

München, 7. Jan. Wie die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. mitteilt, hatte Hitler gestern abend mit dem Reichsinnenminister Groener und heute nachmittag mit Reichskanzler Brüning und Reichsinnenminister Groener Besprechungen, deren Gegenstand die Frage der Reichspräsidentenwahl war. Hitler hat sich seine Stellungnahme gegenüber dem Reichskanzler vorbehalten, um vorher den Parteien der nationalen Opposition seine Auffassung mitzuteilen.

Neue Besprechung bevorstehend

Berlin, 7. Jan. Die heutige Besprechung zwischen dem Kanzler, Reichsminister Groener und Adolf Hitler dauerte etwa anderthalb Stunden. Wie wir erfahren, hat Adolf Hitler sich darauf sofort mit den Führern der übrigen, der „nationalen Opposition" angehörenden Organisationen in Verbindung gesetzt, um sie über die Besprechung zu unterrichten und um ihre Auffassung zu der Frage einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zu erfahren. Im Laufe des Abends, wahrscheinlich aber erst morgen vormittag, wird eine Zusammenkunft der Führer der „nationalen Opposition" stattfinden, in der die Haltung dieser Organisationen geklärt werden soll. Im Anschluß daran wird dann der Führer der NSDAP. erneut mit dem Reichskanzler und mit Reichsminister Groener zusammenkommen, um ihnen die Frage zu beantworten, die sie ihm vorgelegt haben. Diese Besprechung wird am Freitagnachmittag oder am Sonnabend stattfinden, je nachdem, wie schnell es gelingt, eine Klärung innerhalb der Harzburger Front herbeizuführen. Aus der bisherigen Haltung Hitlers geht jedenfalls hervor, daß er großen Wert darauf legt, in Uebereinstimmung mit den anderen Faktoren dieser Verbindung vorzugehen.

Die Bedeutung des Hitler-Empfanges

Berlin, 7. Jan. Die Besprechung zwischen Reichskanzler Brüning, Reichswehrminister Groener und Adolf Hitler hat — wie bereits gemeldet — Fragen der Reichspräsidentenwahl zum Gegenstand. Die Person des Reichspräsidenten bedeutet, daß ist gerade in diesen Tagen bei Gelegenheit der Neujahrsansprache wieder einmal ganz deutlich geworden, mit das stärkste Aktivum, das Deutschland in der Welt besitzt. Eine Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg würde schon deshalb von größter Bedeutung sein. Bisher ist nur die Haltung der Nationalsozialistischen Partei zu einer dahingehenden Initiative ungeklärt, obwohl in letzter Zeit, so z. B. in Form der Neujahrsglückwünsche Hitlers an den Reichspräsidenten eine gewisse Bereitschaft zur Anerkennung der ersterwähnten Tatsachen zu erstarken scheint. Da es äußerst wünschenswert wäre, diese Frage schon vor den demnächstigen internationalen Konferenzen klarzustellen, ist die Besprechung zwischen dem Reichskanzler, dem Reichswehr- und Reichsinnenminister und dem Führer der Nationalsozialisten im im wesentlichen zu diesem Zwecke anberaumt worden.

Pressestimmen zur Frage der Reichspräsidentenwahl

Berlin, 8. Januar. Die Morgenblätter beschäftigen sich alle in großer Aufmachung mit den gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers mit Adolf Hitler und mit den sozialdemokratischen Führern über die Frage der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg. — Die „Voss Ztg." bezeichnet die Behauptungen, daß Hitler politische Bedingungen für seine Zustimmung zur Wiederwahl Hindenburgs gestellt habe, schon deshalb als unzutreffend, weil der Reichspräsident seine Zustimmung zur Verlängerung seiner Amtsperiode ausdrücklich an die Voraussetzung geknüpft habe, daß alle Parteien, ohne politische Bedingungen, sich mit seiner Wiederwahl einverstanden erklärten. — Der „Vorwärts", der mitteilt, daß die sozialdemokratischen Vertreter dem Kanzler erklärt hätten, die Entscheidung müsse ihrer Reichstagsfraktion überlassen bleiben, schreibt, nie und nimmer könne die sozialdemokratische Reichstagsfraktion daran denken, ein zwischen der Reichsregierung und der Rechten etwa abgeschlossenes Handelsgeschäft durch ihre Mitwirkung rechtskräftig werden zu lassen. Voraussetzung für jede Erwägung des Planes durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei die vollkommenste Sicherheit dafür, daß den Rechtsparteien keinerlei Gegenleistungen für ihr Entgegenkommen in Aussicht gestellt würden. Andernfalls müßte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Gegenforderungen und Gegenbedingungen aufstellen. — Das „Berliner Tageblatt" spricht von „Neuwahl als Geschäft" und „unannehmbaren Bedingungen Hitlers". Der „Börsenkurier" beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Haltung der Deutschnationalen, die sich nach Auffassung des Blattes „lächerlich" machten. Was werde denn von den Parteien verlangt? Etwa Preisgabe ihrer Glaubensbekenntnisse oder Verzicht auf Machtmöglichkeiten? Sie sollten verhüten helfen, daß Deutschlands Außenpolitik und Wirtschaft im schwierigsten Augenblick durch eine Präsidentenwahl zerrüttet werden. Zu dieser nationalsten, völlig überparteilichen Aufgabe seien sie eingeladen. Es scheine, daß gerade in Hitlers Kreisen das verstanden worden sei. Die „Börsenzeitung" berichtet, daß Hitler die Zustimmung seiner Partei zur Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten u. a. auch davon abhängig gemacht habe, daß sich der Kanzler nicht länger weigern solle, die Legalität der NSDAP. in aller Form anzuerkennen. Weiter soll Hitler Garantien für die ordnungsmäßige Ausschreibung der Preußenwahlen und eine den Wahlergebnissen entsprechende Neubildung der preußischen Regierung verlangt haben. Auch für das Reich dürfte er einen Anspruch auf baldige Neuwahlen angemeldet haben. — Der „Tag" ist der Auffassung, daß eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten schon deshalb ein Entgegenkommen an den Kanzler bedeute, weil dieses Verlangen ausdrücklich von der Reichsregierung ausgegangen sei. Das Blatt hält es für sicher, daß Vereinbarungen in dieser Frage ohne weiteres die Erfüllung gewisser Bedingungen gegenüber der nationalen Opposition voraussehen. Es spricht ebenfalls in diesem Zusammenhang von den Preußenwahlen. Bei der Forderung des Kanzlers sei weiter zu bedenken, daß ihre Unterstützung auch eine gewisse Festlegung in außenpolitischen Fragen bedeuten könne. Wenn eine Vereinbarung zustande käme, so könne der Kanzler diese „Einheitsfront" auch in Lausanne ins Feld führen. Diese Einheitsfront würde Gefahr laufen in allen ihren Teilen später für die Außenpolitik des Kabinetts verantwortlich gemacht zu werden, auch wenn diese Außenpolitik wieder Formen annähme, die sich nicht sehr von dem bisherigen System unterschieden.

Sozialdemokratische Vertreter beim Reichskanzler

Berlin, 7. Jan. Der Reichskanzler empfing heute abend 9 Uhr Vertreter der sozialdemokratischen Partei, die Abgeordneten Wels und Dr. Breitscheid, zur Rücksprache über die Frage der Reichspräsidentenwahl.

Die Vorbereitungen für Lausanne

Sitzung des Kabinettsausschusses mit den Botschaftern

Berlin, 7. Januar. Wie wir erfahren, hat heute abend der Reparationsausschuß des Reichskabinetts getagt, um die Konferenz von Lausanne vorzubereiten. Im Anschluß an seine Besprechung mit Adolf Hitler nahm auch Reichskanzler Dr. Brüning an diesen Beratungen teil. An sich liegen sie im großen Zuge der Ressortvorbereitungen, die, wie wir berichtet haben, bereits seit einiger Zeit im Gange sind. Die heutige Beratung erhielt eine besondere Bedeutung dadurch, daß auch die drei Botschafter Dr. von Hoesch (Paris), Dr. Neurath (London) und Dr. von Schubert (Rom) an ihr teilnahmen. Sie sind bekanntlich eigens zu diesem Zweck nach Berlin gekommen. Sie haben bei der heutigen Zusammenkunft zunächst Bericht erstattet und ein Bild davon gegeben, wie sich die Reparationsfrage von der Hauptstadt des Landes aus ansieht, in dem sie das Deutsche Reich vertreten. Vom deutschen Standpunkt aus kann in diesem Zusammenhang nur immer wieder betont werden, daß entgegen all dem Gewirr von Gerüchten und Projekten, die in den letzten acht Tagen in der ausländischen Presse umgehen, nur die Endlösung als Ziel in Frage kommen kann. Im Anschluß an die Sitzung des Reparationsausschusses hatte der Kanzler dann übrigens noch eine interne Besprechung mit den Botschaftern. Entgegen den bisherigen Dispositionen, wonach die Herren heute abend bereits wieder abreisen sollten, ist nun vereinbart, daß sie zunächst bis Sonnabend in Berlin bleiben. Am Sonnabend wird eine neue Sitzung stattfinden, an der sie ebenfalls teilnehmen werden.

Teilnahme der rumänischen Regierung an der Lausanner Konferenz

Bukarest, 7. Jan. Die rumänische Regierung teilt heute mit, daß sie an der Reparationskonferenz von Lausanne teilnehmen wird. Die Delegation wird von Titulescu geführt werden.

Das Ziel von Lausanne:

Wiederherstellung des Vertrauens in Deutschland

London, 7. Januar. „Times" schreibt, nach Ansicht der britischen Regierung sollte die Lausanner Konferenz zu einer Vereinbarung führen, die zur Wiederherstellung des Vertrauens in Deutschland führt, nicht nur des Vertrauens der Deutschen in ihre eigene Lage, sondern auch des Vertrauens der Welt zu Deutschland. Man hofft, einen praktischen Plan zu finden, der dieses Vertrauen wiederherstellt und zugleich den politischen Schwierigkeiten Rechnung trägt. Aehnlich äußern sich auch die anderen Morgenblätter.

Französische Blätterstimmen zur Reparationskonferenz

Paris, 7. Januar. „Echo de Paris" erklärt, daß sich die bevorstehende Reparationskonferenz den Beschluß der Berliner Bankiers, die kurzfristigen Kredite nur für ein Jahr zu verlängern, zu eigen machen müßte. Das Blatt schreibt, die Gläubiger hätten gewisse Aenderungen im Rahmen des Young-Moratoriums vorzunehmen, um es so für Deutschland annehmbarer zu machen als die Regelung im Vertrage vom Januar 1930. Solche Abänderungen würden nach einer einjährigen Prüfung vielleicht eine neue Retusche erfahren. Die Sachverständigen des englischen Schatzamtes würden am Freitag in Paris erwartet. Es sei aber festzustellen, daß der Standpunkt des britischen Schatzamtes und der der französischen Regierung von einer Angleichung noch weit entfernt seien. London beharre darauf, daß Deutschland in seiner jetzigen Lage mehrere Jahre Ruhe brauche. „Oeuvre" erklärt: Die Berliner Bankierkonferenz hat nur zu einer Verlängerung der eingefrorenen Kredite gelangen können, weil man zur gegenwärtigen Stunde annehmbare Stabilisierungsbedingungen für beide Teile nicht hat abschätzen können. Lausanne steht also in Gefahr, nicht einmal so weit gehen zu können, wie man es in Basel getan hat. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple" wendet sich scharf gegen eine Uebertragung der Methoden der Bankierkonferenz auf die Reparationskonferenz. Das Blatt erhofft von einer endgültigen Regelung des Reparationsproblems das Wiederaufleben der Wirtschaft sowie eine Einigung Europas gegenüber Amerika. Der Youngplan sei tot, schreibt „Le Peuple", und was man auch in Lausanne sagen und tun möge, sicher sei, daß die Reparationszahlungen für mehrere Jahre gestrichen würden. Es wäre grotesk, glauben zu wollen, sie könnten je wieder aufleben.

Aus der Tätigkeit des Preiskommissars

Berlin, 7. Januar. Da die Verordnung über den Preisaushang in einzelnen Fällen teils mißverstanden, teils nicht sorgfältig durchgeführt worden ist, wird, wie wir von berufener Seite hören, der Reichskommissar für Preisüberwachung für Abhilfe Sorge tragen. Der Reichskommissar hält es für unzulässig, daß mit den Preisverzeichnissen Reklameanzeigen verbunden werden. Gegen Firmen, die unwahre Preisangaben machen, wird mit allen Mitteln vorgegangen werden.

Gegenwärtig wird geprüft, ob bei Markenartikeln die Preissenkung durch Lieferung einer größeren Menge zu dem bisherigen Preis ersetzt werden darf. Der Preiskommissar wird, wie man annimmt, wahrscheinlich dahin entscheiden, daß auf alle Fälle eine Preissenkung erfolgen muß.

5666000 Erwerbslose

Berlin, 7. Januar. Wie die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung mitteilt, betrug die Zahl der Arbeitslosen am 31. Dezember 1931 rund 5 666 000. Das ist eine Zunahme von 316 000 gegenüber dem 15. Dezember.

Berlin, 7. Januar. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Dezember 1931 bot der Arbeitsmarkt am Ende des Jahres 1931 das Bild einer anhaltenden tiefen Depression. Innerhalb der allgemeinen Entwickelung zeigt die jahreszeitliche Linie der Arbeitslosigkeit weiter an, deren Höhepunkt erfahrungsgemäß erst gegen Ende Februar zu erwarten ist. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 31. Dezember rund